

# SPD an der Spitze der Kriegs- heze gegen die Sowjetunion

Dresden, den 30. Dezember.

Als am Montag die ganze Welt von der Aufdeckung des Attentatsplanes eines tschechischen Botchaftsmitgliedes in Moskau erfuhr, wagten nicht einmal die bürgerlichen Blätter die Enthüllungen der SPD zu unterschlagen oder abzuschwächen. Während z. B. der Dresdner Anzeiger die gesamte Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion abdruckt und betont, daß man kaum annehmen könne, daß dieser Attentatsplan frei erfunden sei, brachte es das sozialdemokratische Organ, die Volkszeitung, fertig, eine Rigorose Meldung unter der Überschrift zu veröffentlichen: „Ein erfundener Mordplan?“ Schließlich brachte sie ohne jeden Kommentar die Meldung der tschechischen Regierung, wonach der Provokateur „ein Opfer der SPD“ geworden sei, weil er seit längerer Zeit „unbequem“ erschiene. „Banjel sei keineswegs die Persönlichkeit, die sich in eine Affäre einlassen würde, wie sie ihm jetzt von Moskau untergehoben würde. Die Dresdner Volkszeitung befindet sich dabei in ausgesprochenem „Gefesselt“. Die Rostprelle beteiligt sich eifrig an dieser Antisowjetheze. Aber auch das Blättchen der „linken“ Agenten des Herrn Weis, die SA-Zeitung, überschreibt in ähnlicher Weise die Meldungen: „Mysteriöses aus Moskau — Angehörige des Attentatsplans gegen japanischen Botschafter.“

Die National- und Sozialfaschisten haben damit den internationalen Antisowjetheern einen wertvollen Dienst erweisen wollen, indem sie den sozialdemokratischen Arbeitern die entlarzte ungeheuerliche Provokation als von der SPD erfunden hinzustellen versuchen. Daß es sich bei der Stellungnahme der Volkszeitung keineswegs um eine zufällige „Entgleisung“ handelt, sondern um eine wohlüberlegte Offensiv- und Defensiv-SPD zur Steigerung der Kriegsbegeisterung gegen die Sowjetunion, zeigt noch deutlicher die Kommentierung des Nichtangriffspaktes zwischen Polen und der Sowjetunion. Dieser Nichtangriffspakt, der nur die konsequente Fortsetzung der Friedenspolitik der Sowjetunion darstellt und der nichts anderes bedeutet als die Dokumentierung dieses Friedenswillens des ersten Arbeiter- und Bauernstaates, ist angesichts der japanischen Kriegsprovokation von besonderer Bedeutung. Dafür wird er im tschechischen Volksblatt in schamlosester chauvinistischer Weise verleumdeter. „Zwei Diktatoren reichen sich die Hände — Stalin und Wilschubst in Front gegen Deutschland“ so überschreibt der sozialfaschistische Redakteur in Jwidaun seinen Heftartikel, in dem nicht nur den japanischen, englischen und amerikanischen Imperialisten, sondern auch dem französischen Militarismus und seinen tschechischen Agenten die „Argumente“ gegen Rußland in die Hand gespielt werden. Wörtlich schreibt der Soldat der Interventionisten:

... und dann ist der Augenblick gekommen, wo die Entscheidung fallen muß, wer Lieferant für diesen sich langsam erschließenden gewaltigen Markt sein wird. Rußland kämpft um diesen Markt mit allen Mitteln. Seit der Tätigkeit, die Heinz Reumann, der Henke von Kanton, ausübte, ist bis heute ein ununterbrochenes Wirken Rußlands, das in der letzten Zeit sich stark steigerte, in China zu bemerken. Japan führt jetzt am Konflikt Krieg gegen China, um Rußland den Weg nach China zu verbauen.“

Diese schamlose, der Kapitalisten- und Nazipresse entlehnte Argumentation, wird nicht etwa durch irgendeine einschränkende Bemerkung gegen den japanischen Imperialismus abgeschwächt, sondern sogar noch in seiner Spitze gegen die Sowjetunion verschärft. Die sozialdemokratische Journalistin behauptet ansehend, daß der polnisch-russische Nichtangriffspakt eine Anerkennung des — Versailles Systems und der Vergewaltigung der Völkerheiten in Polen durch Wilschubsts Faschistendiktatur darstelle. Das mag ein Parteigenosse der polnischen Sozialvereiter zu schreiben, die Wilschubst erst in den Sattel halsen, die Seite an Seite mit dem polnischen Faschistenregime die illegal arbeitende kommunistische Partei Polens denunzieren und die die Aufrechterhaltung des Versailles Systems durch die Stützung der kapitalistischen Regierungen ermöglihen.

Die Schamröte muß allen ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern ins Gesicht steigen, wenn sie feststellen, daß die Heze ihrer Parteiführer gegen die Sowjetunion sogar über das hinausgeht, was sonst von der bürgerlichen Presse in dieser Beziehung geleistet wird. Das Berliner Tageblatt und die Volksliche Zeitung haben bereits die Lüge von der „Anerkennung des Versailles Systems“ durch diesen Nichtangriffspakt widerlegen müssen. Noch deutlicher wird die Niedertracht der sozialdemokratischen Presseheze durch den heutigen Leitartikel des Dresdner Anzeigers zu dem Attentatsplan unterstrichen. Dieser Leitartikel ist bezeichnenderweise überschrieben: „Ein neues Saxe wo?“ Schon mit dieser Überschrift kennzeichnet das bürgerliche Blatt die gewaltige Bedeutung des enthüllten Attentatsplanes. Gegenüber dem tschechischen Ablehnungsversuchen stellt der Anzeiger ausdrücklich fest:

„Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß das russische Außenministerium mit der Ankündigung gegen Banjel und der Forderung nach seiner Entfernung ausgetreten wäre, wenn es nicht die dafür notwendigen Beweise vorlegen könnte. Hätte aber andererseits Dr. Banjel die tschechische Abreise Banjels am Abend des 1. Peterstags veranlaßt, wenn er es nicht für notwendig befunden hätte, ihn zum sofortigen Verhör nach Prag zu berufen?“

Und wie eine direkte Antwort an die primitivste Heze der Volkszeitung lautet folgender weiterer Absatz:

„Die Annahme in Prag, daß die SPD der Leute, die ihr unbequem werden, sich dadurch zu erledigen suche, daß sie sie bloßstelle, klingt nicht sehr überzeugend, denn die Tscheta hat ganz andere Mittel zur Verfügung, um ihr unangenehme auswärtige Diplomaten zu befehtigen.“

Nachdem der Artikelschreiber die russische Meinung über die Interventionsabsichten der kapitalistischen Mächte wiedergegeben hat, berichtet er von der Konzentration französischer Streitkräfte an der Grenze Schwedens und vom Ueberfliegen der chinesischen Grenze durch französische Flugzeuge. Er stellt weiter fest, daß selbstverständlich die Sowjetunion der japanischen Offensive gegen China ablehnend gegenüberstehe und erklärt dann:

„Die Lage zwischen Japan und Rußland ist also einigermaßen gespannt, und eine Kugel auf den japanischen Botschafter in Moskau, selbst wenn sie ihr Ziel verfehlt, könnte durch diplomatische Entwicklungen die Ereignisse überhitzten. Das Attentat in Sarajewo 1914 genügte ja auch, um den Weltkrieg zu entfachen und in Asien sind die Fronten schon jetzt losgerungen. Es ist ein „Krieg im Werden“, der sich aber durch einen diplomatischen Zwischenfall zu einem offiziellen Krieg verwandeln könnte.“

An anderer Stelle, im Zusammenhang mit den Meldungen über den neuen japanischen Vorstoß in der Mandchuriet, bringen wir bereits einen weiteren Absatz, in dem der Artikelschreiber ganz offen die Möglichkeit einer internationalen Intervention mit dem Zweck der Beseitigung der Sowjetregierung jagt, und von besonderer Bedeutung ist sein Hinweis,

# 5% Mieterhöhung statt Mietsenkung!

## Durchführungsbestimmung Schieds: Ab 1. April Millionengewinn an Hausbesitzer!

Die tschechische Regierung hat jetzt die Ausführungsbestimmungen zur 4. Notverordnung betreffend die Wohnungswirtschaft veröffentlicht. Diese geben den Mietern restlose Klarheit über das, was von den Abbaupropositionen gehalten wird. Die mit so großem Tamtam von der SPD und den Bürgerlichen als Mietsenkung für die Mieter gepriesene Notverordnung wird zu einer Mieterhöhung und zu einem ungeheuren Gewinn an die Hauspächter. Das geht aus dem Abschnitt über die Mietsenkung unzweideutig hervor. In den Neubauten ist statt mit einer Senkung mit einer Mieterhöhung bis zu 5 Proz. zu rechnen. So schreibt der Dresdner Anzeiger:

„Die Vorschriften über Neubauten bestätigen den in der Öffentlichkeit immer mehr vorherrschenden Eindruck, daß in zahlreichen Fällen ein fühlbarer Mietsnachschub nicht gewährt werden kann. Somit die Hypotheken mit 6 Prozent und darunter verzinslich sind, werden keine Zinssparnisse erzielt, die Raum für eine Mieterminderung lassen. Wenn Hypotheken aus ausländischen Mitteln gegeben sind, entsteht ebenfalls die Zinssenkung und damit die Mieterminderung. Denn nach § 7 Kap. 3 der Reichsnotverordnung können dem Auslande gegenüber die Zinsen nicht herabgesetzt werden.“

Damit wird bestätigt, was wir bei Erscheinen der Notverordnung voraussetzten. Die bürgerliche Presse, die die Mietsenkung in den rosigsten Farben malte, muß aber heute selbst eingestehen, daß sie gelogen hat. Der Anzeiger schreibt nämlich wörtlich weiter:

„Es ist jetzt ganz klar, daß eine Senkung der Neubauten bis zu 15 Prozent, von der die Reichsregierung anfangs gesprochen hatte, nur in ganz wenigen Sonderfällen in Betracht kommt.“

Wir sagen: Sie kommt für die werkschlüssigen Mieter überhaupt nicht in Frage. Im Gegenteil, selbst der Anzeiger muß offen zugestehen:

„Nach der Verordnung des tschechischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums über Umlegung von Betriebskosten kann sogar der Fall eintreten, daß die Friedensmiete bis zu 5 Prozent erhöht wird.“

Also 5 Prozent Erhöhung, statt Senkung! Damit ist die ver-

logene Anpreisung der Notverordnung der SPD-Führer als „Eingriff in das Eigentumsrecht der Kapitalisten“ restlos entlarvt. Der Eingriff wird nur durchgeführt bei den breiten Massen der werkschlüssigen Mieter. Was für die Neubauten gilt im gleichen Maße für die Altmieten. Dort tritt zwar ab 1. Januar eine Mietsenkung in Kraft, der Hausbesitzer ist aber nach der Verordnung der tschechischen Regierung berechtigt, die in den letzten Jahren erfolgten Steigerungen der Betriebskosten nachweis immer geltend zu machen, statt der 10prozentigen Mietsenkung eine nur 6-Prozentige einzutritt. Auch diese ist für die Mieter, die von der Mietzinssteuer befreit sind, ab 1. April 1932 wieder illusorisch gemacht.

Von diesem Datum ab hat die Schiedsregierung durch eine Verordnung den Hausbesitzern 20 Prozent der Mietzinssteuer geschenkt.

In der Praxis bedeutet das: Jeder Erwerbslose, der heute in der Altbauwohnung wohnt und am 1. Januar eine zehnprozentige Mietsenkung erhält, muß am 1. April, weil von diesem Zeitpunkt ab das Geschenk für die Hausbesitzer in Kraft tritt, 10 Prozent mehr Miete zahlen als vor dem 1. Januar.

Diese Tatsachen werden den werkschlüssigen Mietern die Augen öffnen! Jetzt gilt es, alle Kräfte zu mobilisieren für den totalen Volkseinsatz, gegen das Schieds-Regime!

## Zahlungseinstellung bei Bleichert & Co.

Die von der Firma Adolf Bleichert & Co. AG in Leipzig seit Monaten geführten Sanierungsverhandlungen sind endgültig gescheitert. Ein gerichtliches Vergleichsverfahren ist eingeleitet worden. Die Forderungen der Arbeiter und der Arbeitervereine sind bereits in den letzten Monaten Dreiviertel der Belegschaft entfallen, ist erst kürzlich weiteren 455 Arbeitern und Angestellten gekündigt worden. Die Restbelegschaft von 200 Arbeitern und Angestellten erhält nunmehr ebenfalls die Kündigung. Die Zahl der „leidenden Verantwortlichen“ blieb aber nach wie vor bestehen. Von den drei Vorstandsmitgliedern und den 22 Prokuristen wurde nicht einer abgebaut!

# „Einsatz der Wehrmacht im Reich und Grenzschutz“

## Wichtige Bekanntmachung der Reichsregierung / Die neue Militär-Eisenbahnordnung

Unter der obensiehenden Überschrift veröffentlicht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ folgende Mitteilung:

„Die Reichsregierung veröffentlicht nach Zustimmung des Reichsrates eine neue Militär-Eisenbahn-Ordnung in der u. a. folgende Bestimmungen für den Einsatz der Wehrmacht im Reich und im Grenzschutz enthalten sind:

Der Reichswehrminister vertritt die Interessen der Wehrmacht an der militärischen Benutzung der Eisenbahnen. Er gibt hierfür die leitenden militärischen Gesichtspunkte und stellt die militärischen Forderungen.

Der Reichsverkehrsminister gibt die leitenden eisenbahnspezifischen Gesichtspunkte für die militärische Benutzung der Eisenbahnen. Er ordnet die notwendigen Maßnahmen an und überwacht ihre Ausführung. Er verfehrt hierbei unmittelbar mit den Eisenbahnverwaltungen.

Bahnoffiziere werden im Bedarfsfalle durch den Reichswehrminister im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister eingesetzt.

Der Reichsverkehrsminister erhebt durch die Eisenbahnverwaltungen fortlaufend die erforderlichen statistischen Nachrichten, die ein genaues Urteil über die Leistungsfähigkeit der Bahnen ermöglichen und die nächstbestehende Entwicklung erkennen lassen müssen. Die Eisenbahnverwaltungen haben dem Reichsverkehrsminister die Unterlagen wichtiger haulticher Änderungen und Erweiterungsvorschläge rechtzeitig vorzulegen, daß er auf die Entwurfsabfertigung hinsichtlich der Benutzung der Eisenbahnen durch die Wehrmacht einwirken kann. Die militärische Ausnutzung des Eisenbahnnetzes muß sich im Rahmen der vorhandenen Leistungsfähigkeit halten.

Beim Einsatz der Wehrmacht im Reich und im Grenzschutz ist jedoch die Verteilung einzelner Strecken für besonders dringende Transporte bis zur Grenze der betrieblichen Möglichkeiten zu steuern. In solchen Fällen ordnet der Reichsverkehrsminister im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister das Erforderliche an. Die Eisenbahnverwaltungen haben nötigenfalls den öffentlichen Verkehr zeitweilig einzuschränken.

Beim Einsatz der Wehrmacht im Reich und im Grenzschutz hat die Deutsche Reichsregierung bei Störungen der bahneigenen Nachrichtenmittel mit ihren Nachrichtenmitteln derort Hilfe zu leisten, daß die Beförderung der für die Vorbereitung und Durchführung der Militärtransporte notwendigen

gen eisenbahndienstlichen Anordnungen sichergestellt ist. Art und Umfang der zu leistenden Hilfe hat der Bahndirektor im Einvernehmen mit dem Postbeamten zu vereinbaren.“

Während die Reichsregierung in allen Veröffentlichungen bloßer es schart abgestritten hat, daß ein Einsatz der Reichswehr innerhalb Deutschlands beabsichtigt ist, wird in den amtlichen Richtlinien ständig vom Einsatz der Reichswehr „im Reich“ gesprochen. Daß damit nicht ein Fall gemeint sein kann, wo durch eine Invasion Teile des deutschen Reiches befreit sind, sondern daß damit der Einsatz der Reichswehr bei „Unruhen“ vorzuziehen wird, unterliegt keinem Zweifel. Aus Notverordnungserlassen, die jeder Arbeiter verstehen wird, enthalten wir uns jedes weiteren Kommentars zu diesen amtlichen Feststellungen.

## Neue Offensive Japans

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion erklärt, daß eine neue japanische Offensive gegen Kinnshau einleiten wird. Über 60 000 Mann hat Japan zusammengezogen und der Koller hat bereits die Entsendung weiterer Truppen nach der Mandchuriet genehmigt. Die Stadt Kinnshau ist kampflös befreit worden, da die verräterische Generalsität der chinesischen Regierung die Truppen aus Kinnshau und seiner Umgebung zurückgezogen und die gesamte Truppenmacht hinter die Große Mauer dirigiert.

Diese neuen Vorstöße des japanischen Imperialismus stellen eine ungeheure Verschärfung der Kriegsgefahr dar. Selbst die bürgerliche Presse muß bereits zugeben, daß der japanische Vormarsch mehr und mehr eine Interventionsvorbereitung gegen die Sowjetunion darstellt.

Der Dresdner Anzeiger erklärt heute in einem Leitartikel:

„Aber für die dann hinter dem tschechischen Diplomaten wirkenden Kräfte, die nicht nur in Prag, sondern in Frankreich, vielleicht auch in Amerika und London zu suchen sind, hätte der Gedanke, Rußland in einen neuen Krieg gegen Japan zu verwickeln, und dadurch die Stabilität des herrschenden Regimes in Rußland, des Bolschewismus, zu erschüttern, durchaus etwas Verlockendes.“

Die Interventionspläne sind unfehlbar ausgeführt. Jetzt weiß die deutsche Arbeiterklasse, was hinter den Wälderbanditraden vom Frieden und der Brüstung steht.

daß auch die Vereinigten Staaten Monöver größten Stiles an der kalifornischen Küste vorbereiten, die im Zusammenhang mit den Vorgängen im Fernen Osten stehen. Wörtlich erklärt er dazu:

„Die Entfaltung der amerikanischen Macht im Stillen Ozean bedeutet weit mehr als eine militärische Übung. Sie ist eine Sammlung der Streitkräfte an lebenswichtiger Stelle für eine entscheidende Stunde.“

Offen und unverhüllt stehen die Interventionspläne der kapitalistischen Mächte und die planmäßige Vorbereitung des imperialistischen Kreuzzuges gegen die Sowjetunion vor den Augen der Werktätigen! Was in dieser Stunde und in der Situation der verschärften tschechischen Offensive zur wirtschaftlichen und politischen Anebelung der Arbeiterklasse in Deutschland die Unterstützung der antirussischen Dehtkampagne durch die SPD-Presse bedeutet, das wird wohl auch jedem ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter, jedem proletarischen Mitglied der SPD, jedem Freigewerkschafter klar sein. Die offene Einheitsfront der beiden Fraktionen des Faschismus in Deutschland, der Nationalsozialisten und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, zur Unterstützung der Kriegsbegeisterung gegen die Sowjetunion, zeigt, wie weit die Dinge bereits gekommen sind. Um so lauter und eindringlicher müssen die Arbeiter und unter ihrer Führung die übrigen werkschlüssigen Schichten den Kampfwillen gegen diese Kriegsbegeisterung demonstrieren. Geht es doch um das Sein und Nichtsein des Volk-

werks des Sozialismus, der Sowjetmacht, und damit um die Interessen der werkschlüssigen Massen in allen Ländern. Die Vorbereitung dafür ist die Brechung des Einflusses der Antisowjethezer in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in allen Arbeiterorganisationen und Verbänden, und der erste Schritt dazu muß die Vernichtung der letzten Reste des Einflusses der Doppelagenten sein. Bei den breiten Massen der Arbeiterklasse ist der Charakter solcher offen tschechischen Blätter, wie des „Freiheitskampfes“, längst erkannt, während die „Volkszeitung“ sich noch immer als „Organ für die Interessen der werkschlüssigen Massen“ aufspielen mag. Die Enttarnung als Sprachrohr der kapitalistischen Interventionen gegen Sowjetrußland muß jetzt dazu dienen, den Arbeitern, die ihr bloßer noch glaubten, die Augen über den Charakter dieser Presse zu öffnen.

Die große Offensive der kommunistischen Partei zum Wohlgut der 100 000 und zur Stärkung der revolutionären Organe der Arbeiterklasse muß gerade angesichts der drohenden Gefahr hundertfach gesteigert werden. Mit der Gewinnung der Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen, der Angestellten und Beamten in den Büros, der Landarbeiter und Kleinbauern in den Dörfern und der werkschlüssigen Mittelschichten der Städte muß die Massenwerbung für die Arbeiterstimme und die tschechische Volksbewegung aufs engste verknüpft werden. Das ist eine erste Antwort an die antisowjetischen Kriegsbegeisterer und Provokateure sein!